

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Einige demokratische Blätter bringen die Mitteilung, daß der Justizminister Dr. Leonhardt in den Adelstand erhoben werden solle. Es ist darauf zu erwidern, daß in Preußen dergleichen Auszeichnungen in der Regel nur erst nach längeren Dienstjahren verliehen und dem Betreffenden nicht schon beim Beginn seiner Dienstlaufbahn entgegen getragen zu werden pflegen. — Der Erzbischof Graf Ledochowski in Posen hat seine besonnene Stellung in der Behandlung der nationalen Verhältnisse neuerdings wieder durch einen Circular-Erlass an die Geistlichen seiner Diocese kundgegeben. Die Geistlichen werden darin angewiesen, ihre Theilnahme an den Bestrebungen zur Verbreitung der nationalen Volksbildung auf solche Mittel zu beschränken, die das Placat der Kirche erhalten haben. Dadurch ist auch die Wirksamkeit der dortigen Geistlichen zu Gunsten der für die polnische Agitation arbeitenden Presse und die Betheiligung derselben an solchen Blättern ausgeschlossen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß sich der Erzbischof die Angriffe der agitatorischen polnischen Presse zugezogen hat. An der Spitze dieser Presse steht, wie gewöhnlich in solchen Fällen, der „Dziennik posnanski“ in Posen. — Der Austausch der friedlichen Gesinnungen, welcher zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Grafen Soltyz, als derselbe seine Kreditiv als Vorgesandter des norddeutschen Bundes überreichte, stattfand, hat auch in Frankreich einen befriedigenden Eindruck gemacht. Es ergibt sich dies aus den Äußerungen mehrerer Blätter, namentlich auch des „Journal des Debats“. Das Letztere findet in den beiderseitigen Versicherungen, daß das gute Vernehmen zwischen Frankreich und Preußen, resp. Deutschland zu bestehen nicht aufgehört habe oder daß es wenigstens gegenwärtig bestehe. Dieser Wendung des „Journal des Debats“ gegenüber ist unserer Seite zu konstatieren, daß die freundlichen Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich in der That neuerdings nicht gestört gewesen sind. — Wie wir schon erwähnt haben, hält Frankreich den Plan, eine Konferenz zu Stande zu bringen, noch immer fest. Was Italien betrifft, so scheint sich dasselbe nach den Äußerungen dortiger Blätter mit Frankreich in direkter Weise verständigen zu wollen. Die Sprache der italienischen Blätter ist sehr verständlich geworden, namentlich hat auch die „Italia“ ihre Haltung geändert und sagt jetzt, daß Italien nicht geneigt sei, es wegen Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes zu einem Kriege mit Frankreich kommen zu lassen. — Daß die sozialen Verhältnisse Frankreichs fortdauernd Anlaß zu Besorgnissen geben, zeigt auch wieder ein vor den französischen Gerichten zur Verhandlung gekommener Prozeß gegen einen gewissen Chateau. Derselbe war mit auf dem Kirchhof Montmartre bei Gelegenheit der Demonstration zu Gunsten des Generals Cavaignac verhaftet worden. Bei einer Hausdurchsuchung bei ihm wurden darauf die Statuten einer geheimen revolutionären Gesellschaft gefunden, die den Sturz des Kaiserreichs und die Begründung einer Republik nach den Prinzipien von 1789 zum Ziele hat. Von dieser Gesellschaft sind alle die in letzter Zeit stattgehabten Demonstrationen auf dem Kirchhof Montmartre, vor dem Hotel de Ville, in der Rue St. Martin u. s. w. ausgegangen, so wie die in jüngster Zeit vorgekommenen revolutionären Proklamationen verbreitet worden. Wie glücklich ist dagegen Deutschland, bei dessen ausgedehnter Vereins- und Pressefreiheit dergleichen Vorfälle nicht vorkommen. — Was das bekannte welfische Organ in Paris, die „Situation“, für Gesichten schreibt, zeigt auch wieder eine seiner neuesten Nachrichten, nach welcher der Kriegsminister befohlen haben soll, die Befestigungen um Berlin in Verteidigungszustand zu setzen und nach welcher die Urlaubsreise resp. das Ausscheiden des Kriegeministers aus seiner Stellung mit Differenzen zusammenhänge, die hierüber entstanden sein. Für die deutschen Leser ist wohl nicht nöthig zu bemerken, daß es Befestigungen von Berlin überhaupt nicht giebt, womit zugleich alle Bemerkungen zu Boden fallen, die an diese Voraussetzung geknüpft sind.

Berlin, 4. Januar. Se. Majestät der König empfing Sonnabend Morgens mehrere Militärs im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee und des stellvertretenden Stadtkommandanten v. Ebel, nahm alsdann die Vorträge der Chefs des Civil- und des Militärkabinetts v. Mühlner und v. Treslow, des Geh. Hofrathes v. Bock u. entgegen, ertheilte nach einer Spazierfahrt dem früheren Contreadmiral Prinz Wilhelm v. Hessen-Philippsthal vor seiner Abreise nach Hannover eine Abschieds-Audienz und arbeitete dann bis zum Diner mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck.

Berlin, 5. Januar. Se. Majestät der König empfing heute Vormittag den Botschafter Grafen v. d. Soltyz zu einer langen Unterredung. Heute Nachmittag findet die Antritts-Audienz des brasilianischen Gesandten Grafen Lima, statt.

Die Thätigkeit, welche in den letztverfloffenen Jahren von Preußen für die Erhöhung seiner eigenen wie der Wehrkraft des norddeutschen Bundes entfaltet worden ist, dürfte noch von keinem ähnlichen Vorgange übertroffen worden sein. Es sind die neu errichteten Landwehrbataillone dabei begriffen, in diesem einen Jahre nicht weniger als 159 Bataillone, 146 Eskadrons, 52 Batterien, 15 Festungsartillerie- und 17 Pionier-Kompagnien und 4 Trainbataillone, oder alles in allem auf Kriegesfuß über 200,000 Mann neu aufgestellt worden. Dennoch aber, sagt die „M. Z.“, muß der Mannschaftszuwachs noch als der geringste Theil dieser immensen Thätigkeit betrachtet werden, denn weit schwerer fällt für dieselbe ins Gewicht, daß kaum eine Richtung oder ein Zweig des ganzen so umfangreichen militärischen Dienst- und Verwaltungsbetriebes vorhanden ist, welcher nicht eine völlige Umarbeitung oder eine durchgreifende Reorganisation erfahren hätte. Dazu treten endlich noch die wahrhaft außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiete der neuen Bewaffnung. Schon Mitte Sommer dürfte die

durchgängige Ausrüstung mit den neuen gezogenen 4- und 6pfündigen Gussstahlgewehren sowohl bei der preussischen wie überhaupt bei der gesammten norddeutschen Artillerie in der Hauptsache als beendet angesehen werden, seit Anfang Herbst aber ist diese Maßregel vollkommen abgeschlossen und nicht minder hat bis Ausgang Dezember auch die Infanterieausrüstung mit dem Zündnadelgewehr ihren vollständigen Abschluß erfahren. Es sind zur Bewaffnung auch der Landwehr mit dieser neuen Feuerwaffe an diese allein im Laufe des November und Dezember 60,000 bis 80,000 Gewehre überwiesen worden, überhaupt aber darf die Zahl der in dem einen Jahre 1867 theils zur unmittelbaren Vertheilung gelangten, theils für die Kriegsausrüstung der Truppen noch in den Depots hinterlegten Zündnadelgewehre auf zwischen 250,000 bis 300,000 veranschlagt werden.

Wir halten es für eine Pflicht der anständigen Presse, schreibt die „M. Z.“, auf die schamlose Agitation aufmerksam zu machen, welche der ostpreussische Radikalismus, dessen Hauptorgan die von Dr. Jacoby gegründete, hier erscheinende „Zukunft“ ist, an den Nothstand der dortigen Provinz knüpft. Abgesehen von den schreienden Uebertreibungen, welche in den Berichten von dieser Seite zu Tage treten, ist in jeder Zeile derselben ersichtlich, mit welcher Bestissenheit die angeblichen Thatfachen grupirt und entstellt werden, um vor allen Dingen die Regierung und deren Politik, namentlich auch die Ereignisse der vorigen Jahre, welche der Demokratie bekanntlich ein Dorn im Auge sind, für den Nothstand verantwortlich zu machen. Während überall in Preußen alle Kreise von den höchsten bis zu den untersten hinab von wirklichem Mitleidsgelüb für die armen Nothleidenden erfüllt sind, sind dieselben für ihre radikalen Fürsprecher nichts Anderes, als ein Vorwand und Objekt politischer Demonstrationen und Experimente. Das üble Handwerk, welches diese Politiker unter der Larve der Humanität treiben, ist niemals so greifbar hervorgetreten, als bei dieser Gelegenheit; wenn die betreffenden Korrespondenten eine Spur von Achtung vor dem Unglück hätten, so könnten sie dasselbe nicht in so schamloser Weise für ihre politischen Zwecke ausbeuten. Wir glauben, unsere Leser vor Mittheilungen, welche aus dieser trüben Quelle stammen, auf das Entschiedenste warnen zu müssen; gleichzeitig aber bitten wir dieselben, ihre Theilnahme für die unglücklichen Ostpreußen nach allen Richtungen hin wirksam zu bewahren; denn die Noth ist groß — sehr groß, auch wenn man jene tendenziösen Uebertreibungen und Entstellungen in Abrechnung bringt.

Dem Vernehmen nach hat die Regierung die Absicht, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf wegen Feststellung der Wahlbezirke für das gesammte Staatsgebiet einzubringen.

Unter den Vorlagen, welche nach den Ferien der Volksvertretung noch zur Genehmigung unterbreitet werden sollen, wird sich auch ein Gesetzentwurf befinden, welcher die Entschädigung festsetzt, die durch die Aufhebung gewerblicher Privilegien in den neuen Provinzen notwendig geworden sind. Bekanntlich wurde während des vorigen Sommers die Gewerbefreiheit in einigen neuen Provinzen, in welchen sie noch nicht bestand, ohne Weiteres durch königliche Verordnung eingeführt, und die alten bestehenden Realgerichte, wie sie das Junftwesen mit sich brachte, fielen, ohne daß damals sich Jemand Hoffnung auf eine Entschädigung machen konnte. Jetzt scheint man hier bei der Regierung eine andere Ansicht von dieser Angelegenheit gewonnen zu haben, und im Handelsministerium ist deshalb ein Abdingungsgesetz vorbereitet, nach welchem noch nachträglich die Entschädigungssummen festgesetzt werden sollen, die an die durch Einführung der Gewerbefreiheit ihrer Privilegien Beraubten gezahlt werden sollen.

Die auf einer Expeditionreise nach Central-Amerika sich befindende Korvette „Augusta“ hat auf der Tour von Oestemünde nach Plymouth in Folge des Sturmes Havarie erlitten, deren Reparatur in letztgenanntem Orte vorgenommen werden soll.

Hamburg, 4. Januar. Dem „Hamburger Fremdenblatt“ zufolge hat sich unter dem Präsidium des Senators Hayn ein Comité angesehener Bürger zur Errichtung von Hilfsfonds für die Nothleidenden in Ostpreußen gebildet.

Hamburg, 5. Januar. Es soll das nächste Newyork-Dampfschiff wegen des starken Eisganges von Glückstadt expedirt werden. Die wegen dieser Maßregel erforderlichen Extrazüge sind angeordnet.

München, 4. Januar. Gutem Vernehmen nach wird die hiesige liberale Partei den diesseitigen Gesandten am Petersburger Hofe, Grafen Tauffkirch, als Kandidaten für das Zollparlament aufstellen. Graf Tauffkirch soll die Annahme des Mandates bereits zugesagt haben; auch von Seiten der Regierung wird dem Gesandten der dazu erforderliche Urlaub voraussichtlich bewilligt werden.

Der Wehrgefehuusausschuß der Reichsrathskammer hat dem Antrage der Referenten gemäß das von der Abgeordnetenkammer verlangte Kontingentsgesetz und das Gesetz über die Ernennung und Pensionirung der Offiziere verworfen.

München, 5. Januar. Der königliche Kammerer, Max Graf Seineheim-Sünching ist zum erblichen Reichsrathe ernannt worden.

Ausland.

Wien, 4. Januar. Die von der heutigen „Presse“ gemeldete angebliche Berufung der Herren Podmaniczky, Tresfort und Klapka als Unterstaatssekretäre wird in gut unterrichteten Kreisen bezweifelt.

Das Abendblatt der „Presse“ meldet, daß der neuernannte Minister des Innern beim Empfang der Beamten seines Ressorts eine Ansprache gehalten hat, in welcher er betonte, daß vor Allem ein Geist der Verfassungstreue in die Verwaltung einzubringen müsse. Der Minister erwarte und fordere von den Beamten, daß sie treu

zu dem neuen Regierungssystem stehen würden. — Der Unterrichtsminister hat sich, wie die „Oesterr. Correspondenz“ meldet, seinen Beamten gegenüber in ähnlichem Sinne ausgesprochen, indem er erklärte, er werde im Geiste der neuen Grundgesetze an die Lösung der ihm obliegenden Aufgabe herantreten und müsse erwarten, daß sämtliche Beamten in gleichem Geiste ihre Aufgabe zu erfassen bereit seien.

Das „Tagblatt“ meldet, der Kaiser habe den Grafen Thun, Esterhazy, Belcredi kürzlich in einer ihnen gewährten Audienz erklärt, daß der Entschluß bei ihm feststehe, die Verfassung dießseits wie jenseits der Leitha aufrecht zu erhalten.

Wien, 5. Januar. Der neue Finanzminister Brestl hat an die Präsidenten seines Ressorts ein Circularschreiben gerichtet, in welchem er die Schwierigkeiten seiner Aufgabe hervorhebt und die Hoffnung ausspricht, daß es den im konstitutionellen und freiheitlichen Sinne regierten Königreichen und Ländern gelingen werde, das bisher vergeblich angestrebt Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen endlich herzustellen. Hiervon hänge die finanzielle Wiedergeburt des Vaterlandes ab. Zur Erreichung dieses Zieles sei die möglichste Sparsamkeit in allen Verwaltungszweigen, die möglichste Hebung des Staatseinkommens und eine kräftige Unterstützung der Finanzbeamten notwendig. Auch der Reichs-Finanzminister v. Bode hat ein ähnliches Rundschreiben erlassen, welches die provisorische Organisation des Reichs-Finanzministeriums feststellt.

Die „Presse“ theilt mit, daß der russische Botschafter, General Ignatieff, den Freiherren von Beust besucht habe und heute seine Reise nach Petersburg fortsetzen werde. Demselben Blatte zufolge ist eine Verständigung zwischen Frankreich und Italien als nahe bevorstehend zu betrachten. Schon nächster Tage soll eine neue Konvention, welche die Beziehungen zwischen Italien und dem Papstthum auf neuen Grundlagen regelt, abgeschlossen und sodann einer europäischen Konferenz als Basis für ihre Beratungen vorgelegt werden. Italien erkläre sich in der Konvention bereit, sich ausschließlich seiner inneren Reorganisation zu widmen und jedes Eingreifen in die europäischen Fragen zu vermeiden, wogegen Frankreich seine Truppen aus dem Gebiete des Kirchenstaates zurückziehen werde.

Brüssel, 4. Januar. Pirmez, der neue Minister des Innern, wird den Beschluß seines Vorgängers, wodurch das Aufsichtsrecht der katholischen Geistlichkeit bei den Schulen für Erwachsene eingeführt ist, aufheben. — Der neue Kriegsminister, General Renard, wird die Befestigung des linken Scheldens in Uebereinstimmung mit Frère-Orban in Vorschlag bringen.

Brüssel, 5. Januar. Der „Moniteur“ meldet, daß der König die ehemaligen Minister Rogier und Vandenpeereboom zu Staatsministern ernannt hat.

Paris, 4. Januar. Gesetzgebender Körper. Die Interpellationen des Bicomte Langutnais über die Kirchhöfe von Paris sind von den Bureaux genehmigt, diejenigen Pelletan's dagegen über die Eintheilung der Wahlkreise zurückgewiesen worden. Der nachträgliche Bericht über das Militärgesetz wird von Gressier erst am Montage erstattet werden.

Der „Etenbard“ sucht durch die Zusammenstellung der Tage, an welchen die Reisen der russischen Botschafter Baron von Bubberg und General Ignatieff nach St. Petersburg stattgefunden, zu beweisen, daß es sich dabei nicht um eine diplomatische Vereinnahmung gehandelt habe, da die russischen Botschafter in London, Berlin und Wien auf ihren Posten geblieben seien.

Morgen wird der Kaiser an diejenigen, welche sich bei der allgemeinen Ausstellung mit Gegenständen der Landwirtschaft und des Gartenbaues betheiligten, Belohnungen vertheilen. Dieselben bestehen in Kreuzen der Ehrenlegion, Medaillen und ehrenvoller Erwähnung.

Paris, 5. Januar. Der „Moniteur“ veröffentlicht ein zwischen Frankreich und Luxemburg unter dem 24. Dezember v. J. abgeschlossenes Uebereinkommen zur Vereinfachung der beiderseitigen Vorschriften über die Legalisation der zum Befusse von Verträgen den Behörden vorzulegenden Schriftstücke. Es wird bestimmt, daß künftig die Unterschrift eines Gerichtspräsidenten oder Friedensrichters für diesen Zweck ausreichend sein solle. Zur Motivirung des Abkommens wird angeführt, daß seine Nützlichkeit aus den Grenzverhältnissen und der Häufigkeit der gegenseitigen nachbarlichen Beziehungen hervorgehe, und daß Gleichheit der Gesetgebung, und Gebrauch ein und derselben Sprache bei den gerichtlichen Akten nur dazu beitragen können, die praktische Anwendung der letzteren zu erleichtern.

Der „Constitutionnel“ sagt in einem von Limayrac unterzeichneten Artikel: Man gefalle sich darin, das Land durch alle möglichen Manöver zu beunruhigen. Die Reden des Kaisers sind der Gegenstand der schlecht begründeten, zuweilen sogar perfiden Auslegungen. Vergebens hat die Sprache des Staatsoberhauptes das Gepräge jener loyalen Klarheit, welche seinem Geiste wie seinem Charakter eigenthümlich ist, man verdreht den Inhalt seiner Worte, man entstellt die Form derselben durch gewaltsame Auslegungen, um daraus das Gegentheil von dem zu ziehen, was der Kaiser sagen wollte. Die Worte, welche derselbe bei Gelegenheit des kürzlich stattgehabten Empfanges des Grafen v. d. Soltyz gesprochen, sind wiederum der Gegenstand dieser spitzfindigen Analysen und verhänglichen Umschreibungen gewesen. Man sucht darin unausgesprochene Reserven und schließt damit, in den zwischen Frankreich und dem norddeutschen Bunde feierlich und ohne Zweideutigkeit gewechselten Freundschaftsversicherungen eine nicht offene Sprache zu finden. Nicht zufrieden, falsche Interpretationen aufzustellen, geht man soweit, Reden und Aussprüche zu erdichten, die niemals stattgefunden haben. Hat man nicht gesagt, daß der Kaiser

